

08.03.2001

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für
das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
- Drucksache 13/400 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 15 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen
angenommen.

Bericht

I. Beratungsverfahren

Der Ausschusses für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf zum Einzelplan 15 und des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung der interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001 - Drucksache 13/402 - in seinen Sitzungen am 17. Januar 2001 und abschließend am 07. März 2001 beraten.

Zur Erläuterung der Etat-Ansätze des Sachhaushalts übersandte das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung die Vorlage 13/313. Die Erläuterungen der Etat-Ansätze zum Personalhaushalt sind in der Vorlage 13/321 enthalten.

Es wurde über die in der Anlage dargestellten Änderungsanträge abgestimmt, nachdem die antragstellenden Fraktionen zuvor bei Bedarf ergänzende Erläuterungen vortrugen. Soweit erforderlich werden weitergehende Beratungen bzw. relevante Begründungen zu Änderungsanträgen nachfolgend aufgeführt. Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Ausschuss-Protokoll verwiesen.

II. Änderungsanträge

Die SPD-Fraktion erklärte, man habe sich bei den Änderungsanträgen von zwei Prinzipien leiten lassen. Zum einen seien entgegen dem Haushaltsentwurf in einigen Bereichen Anträge gestellt worden, um wieder die Ansätze des Vorjahres zu erreichen. Das betreffe insbesondere den Bereich der Weiterbildung und der Ermessensmittel bei der politischen Bildung.

Die SPD habe im Dortmunder Beschluss festgelegt, dass im schulischen Bereich nicht gekürzt werden solle. Deshalb wurden zum anderen Ansätze des Haushaltes auf den alten Stand zurückgeführt. Zusätzlich seien 40 000 DM für das Landesinstitut vorgesehen, um eine Expertise erstellen zu können, um im Bereich der Weiterbildung eine differenzierte Rechnungslegung schaffen zu können. Betreffend die Änderungsanträge der F.D.P.-Fraktion bezweifelte die SPD, ob die F.D.P. wegen der außerordentlich kurzfristigen Vorlage ihrer Anträge ernsthaft die Absicht habe, zu den Haushaltsberatungen konstruktiv etwas beizutragen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte mit, zwischen den Koalitionsfraktionen sei ein guter Haushalt verhandelt worden, der solide finanziert sei. Man habe mit der Umsetzung der im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung festgestellten Priorität für die schulische Bildung begonnen. Die GRÜNEN hätten sich in der Koalition darauf verständigt, dass der Zuwachs an Lehrkräften, der in die Vereinbarung aufgenommen wurde, verankert und dokumentiert, in welchen Jahren welche weiteren Stellen geschaffen werden. Was die neuen Medien in den Schulen anbelange, komme es darauf an, die Lehrkräfte zu qualifizieren. Deshalb werde eine deutliche Aufstockung der Mittel vorgenommen. Die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierte, die vorgelegten F.D.P.-Anträge seien finanzpolitisch unseriös, weil dabei auf "ungedechte Schecks" gesetzt würde.

Die Sprecherin der CDU-Fraktion betonte, sie könne sich der Einschätzung nicht anschließen, dass ein solider Haushalt vorgelegt wurde, wenngleich einige Verbesserungen erreicht sind, gemessen am Regierungsentwurf. Insgesamt sei der Haushalt allerdings Stückwerk und lasse die große Linie vermissen. Die CDU habe sich bei ihren Anträgen an der aktuellen Situation der Schulen vor Ort orientiert und danach auch die Priorität für eine 3%ige Stellenreserve gesetzt sowie eine weitere Anhebung um 1 350 Stellen. Als Deckungsvorschläge soll einerseits der Ansatz für "Geld statt Stellen" auslaufen. Zum anderen werde vorgeschlagen, den Personalhaushalt im gesamten Landeshaushalt um 1,5 % abzusenken.

Die SPD habe keine Mittel, um kurzfristig Unterrichtsausfälle, die längerfristig andauerten, entsprechend zu bewältigen. Das Instrument "Geld statt Stellen" greife nicht.

Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion unterstrich, seine Fraktion sei der festen Auffassung, dass bezogen auf den gesamten Landeshaushalt für den Bereich Schule und Weiterbildung 1,5 % der Mittel an zusätzlichen Kapazitäten fehlten. Für die F.D.P. sei der Bildungsbereich verlässlich und chronisch unterfinanziert in Nordrhein-Westfalen. Es würden für den Schulbereich 1 Milliarde DM mehr Haushaltsprioritäten für Personalmittel zur Verbesserung der Unterrichtssituation benötigt. Darüber hinaus fehlten aber auch mehr Personalmittel zur Motivation der Lehrerschaft, zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufes und zum Stoppen der Abwanderung von Lehrern in andere Bundesländer. Ein zweiter Investitionsschwerpunkt sei eine massive Initiative für Schulbausanierung und Schulneubauten von 310 Millionen DM sowie der Multimediabereich im Umfang von 185 Millionen DM. Die F.D.P. begrüßte die Bereitschaft der Koalition, die Kürzung des Finanzministers im Weiterbildungsbereich zurückzunehmen, um den Weiterbildungseinrichtungen wieder Planungssicherheit zu geben. Zugleich bedauerte sie, dass die SPD ihren Änderungsanträgen wegen der etwas kurzfristigen Verfahrensfrage nicht zustimme.

III. Gesamtabstimmung

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmte dem Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge - mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. zu.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung
zum Haushaltsgesetz 2001
Einzelplan 15

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/538

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	Kapitel 15 020 Titel 531 10 013 Öffentlichkeit, Veröffentlichung und Dokumentation des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie Der Ansatz von wird um gekürzt. Begründung: Der Hauptteil der Publikationen kann über das Internet zur freien Verfügung gestellt werden.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. nein GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 13/538

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	Kapitel 15 079 Titel 685 20 Zuschüsse zu den Landesorganisationen der Weiterbildung Der Ansatz von wird um auf erhöht. 650 000 DM 150 000 DM 800 000 DM Begründung: Der nach der Verabschiedung des Weiterbildungsgesetzes begonnene Wirksamkeitskatalog zur Regionalisierung der Weiterbildung erfordert in vielen Fällen die Unterstützung durch die Landesorganisationen. Die vorgesehene Kürzung der Mittel um 40 000 DM ist vollkommen unverständlich.	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. nein GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 13/538

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 15 079 Titel 685 20 Weiterbildung Zuschüsse an Landesorganisationen der Weiterbildung Erhöhung des Baransatzes von um auf 650 000 DM 40 000 DM 690 000 DM Begründung: Auf der Grundlage des novellierten Gesetzes zur Weiterbildung sollen die geförderten Landesorganisationen der Weiterbildung darin unterstützt werden, die Bildungsarbeit der ihnen an- geschlossenen Bildungsstätten einrichtungsübergreifend zu ana- lysieren.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/538

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	F.D.P.	Kapitel 15 Weiterbildung Titel 685 20 Zuschüsse an Landesorganisationen der Weiterbildung Erhöhung des Baransatzes von 650 000 DM um 40 000 DM auf 690 000 DM Begründung: Beibehaltung des Haushaltsansatzes aus 2000.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 15 079 Titelgruppe 70 Titel 653 70 Weiterbildung Förderung der Innovation der Weiterbildung Zuweisungen an Gemeinden (GV) Erhöhung des Baransatzes von 310 000 DM um 20 000 DM auf 330 000 DM Titel 684 70 Zuschüsse an Sonstige Erhöhung des Baransatzes von 400 000 DM um 20 000 DM auf 420 000 DM Begründung: Auf der Grundlage des novellierten Gesetzes zur Weiterbildung sollen die Einrichtungen dabei unterstützt werden, ihre Angebote fortzuentwickeln. Der Erhöhungsbetrag soll insbesondere dazu dienen, den Innovationsprozess und seine Ergebnisse zu evaluieren und in einem Bericht zu veröffentlichen.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/538

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	F.D.P.	Kapitel 15 079 Weiterbildung Titelgruppe 70 Förderung der innovativen Weiterbildung Titel 653 70 Zuweisungen an Gemeinden Erhöhung des Baransatzes von 310 000 DM um 20 000 DM auf 330 000 DM Begründung: Beibehaltung des Haushaltsansatzes aus 2000.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	F.D.P.	Kapitel 15 079 Neue Titelgruppe 71 Neuer Titel ... 71 Neuer Titel ... 71 Neuer Titel ... 71 Neuer Baransatz: 10 000 000 DM Haushaltsvermerk: 1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Begründung: In einer Wissensgesellschaft, in der lebenslanges Lernen ständig an Gewicht gewinnt, wird die Weiterbildung für alle Bevölkerungsteile vor allem im Bereich der beruflichen Weiterbildung immer bedeutender. Dies hat in der Vergangenheit zu einer kaum noch überschaubaren Angebotsvielfalt im Weiterbildungsbereich geführt. Zur Zielerreichung und Optimierung des Mitteleinsatzes muss die Weiterbildung qualitätssichernde Maßnahmen ergreifen. Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung in der Weiterbildung setzt jedoch ein effizientes und ganzheitliches Weiterbildungscontrolling voraus, welches darauf ausgerichtet ist, Weiterbildungs-	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 7		angebote, die mit öffentlichen Mitteln gefördert oder gar vollständig finanziert werden, sukzessive auf den Prüfstand. Nur so können die finanziellen Ressourcen zielführend eingesetzt werden. Ein modernes und zielführendes Controllingsystem für den gesamten Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung fehlt in NRW bislang völlig. Die in der neuen Titelgruppe 71 anzusetzenden Mittel sollen dazu dienen, die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau eines Weiterbildungscontrollings zu schaffen.	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 15 081 Titel 684 20 Landeszentrale für politische Bildung Zuschüsse für laufende Zwecke der politi- schen Bildungsarbeit an Träger von Einrich- tungen, die nach § 23 Weiterbildungsge- setz durch die Landeszentrale für politische Bildung anerkannt sind Erhöhung des Baransatzes von 5 770 000 DM um 580 000 DM auf 6 350 000 DM Das novellierte Gesetz zur Weiterbildung sichert auch den Trägern politischer Bildungsarbeit gleichbleibende Finanzierung bis zum Ende des Erprobungszeitraumes zu. Analog muss bei den Ermes- sensmitteln verfahren werden, weil ansonsten die mit dem Gesetz beabsichtigte Konsolidierung beeinträchtigt würde.	angenommen SPD ja CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	F.D.P.	Kapitel 15 081 Hier: Titel 684 20 Weiterbildung Zuweisungen und Zuschüsse Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit an Träger von Einrichtungen, die nach § 23 Weiterbildungsgesetz durch die Landeszentrale für politische Bildung anerkannt sind - Erhöhung des Baransatzes von 5 770 000 DM um 580 000 DM auf 6 350 000 DM Begründung: Beibehaltung des Haushaltsansatzes aus 2000. Gerade in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation, die nicht selten durch Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gekennzeichnet ist, erscheint die beabsichtigte Mittelkürzung unangebracht.	angenommen SPD ja CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 15 081 Titel 684 21 Landeszentrale für politische Bildung Sonstige Zuschüsse für Zwecke der politi- schen Bildungsarbeit Erhöhung des Baransatzes von 170 000 DM um 10 000 DM auf 180 000 DM Die Mittel werden benötigt, um auch in Zukunft den Volkshoch- schulverband NRW bei seinen Bemühungen zur Sicherung der politischen Bildung ausreichend zu unterstützen.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/538

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	F.D.P.	Kapitel 15 081 Hier: Weiterbildung Titel 684 21 Zuweisungen und Zuschüsse Sonstige Zuschüsse für Zwecke der politi- schen Bildungsarbeit Erhöhung des Baransatzes von 170 000 DM um 10 000 DM auf 180 000 DM Begründung: Beibehaltung des Haushaltsansatzes aus 2000.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 15 081 Titel 684 22 Landeszentrale für politische Bildung Förderung von Projekten der Gedenkstät- tenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte Erhöhung des Baransatzes von 320 000 DM um 20 000 DM auf 340 000 DM Begründung: Die Mittel werden verwendet, um vor allem Jugendlichen eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalso- zialismus auf regionaler und lokaler Ebene zu ermöglichen. In Anbetracht des Anwachsens rechtsradikaler Aktivitäten in jüng- ster Zeit und einer erhöhten Anfälligkeit Jugendlicher gegenüber rechtsextremer Ideologie muss das Angebot in vollem Umfang fortgeführt werden.	angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja

Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags.	
- Anlage zu Vorlage	13/515
	13/538
	13/539
	13/540
	13/541
	13/542
	13/543

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2001

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
15 030	Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschließlich EU-Förderungen) Titelgruppe 65 Förderung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen (Wiedereingliederungsprogramm) in das Erwerbsleben und modellhafter arbeitsmarktpolitischer Projekte <u>Die Erläuterungen zu TGr. 65 werden um folgenden Absatz ergänzt:</u> "Vor dem Hintergrund dieser Neuregelung soll die Umsetzung der Zielvereinbarungen bei den ESF-Programmen bezüglich Frauen, die nach einer Familienphase wieder in den Beruf einsteigen wollen, überprüft werden. Dabei soll festgestellt werden, ob aufgrund des Wiedereingliederungsprogramms als eigenständiges Landesprogramm im Rahmen der Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik entsprechende Qualifizierungsangebote und Maßnahmen für diesen Personenkreis, insbesondere auch Frauen, die keine Leistungen nach dem SGB III oder BSHG erhalten, rückläufig sind oder gänzlich wegfallen. Sollte dies der Fall sein, wird das eigenständige Landesprogramm (Wiedereingliederungsprogramm) fortgeführt."			

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage : - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
684 73	Titelgruppe 73 Modellvorhaben Soziale Wirtschaftsbetriebe und sonstige Modellvorhaben Zuschüsse an freie Träger <u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 9.200.000 DM <u>Es treten hinzu:</u> 3.000.000 DM neu: 12.200.000 DM	11.000.000	4.700.000	15.700.000
863 85	Titelgruppe 85 Förderung von Werkstätten für Behinderte Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Werkstätten für Behinderte und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen. <u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 8.064.000 DM <u>Es treten hinzu:</u> 2.016.000 DM neu: 10.080.000 DM	11.914.300	-	11.914.300

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Anlage: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
15 032	Berufliche Aus- und Weiterbildung			
893 65	Titelgruppe 65 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland <u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 2.480.000 DM <u>Es treten hinzu:</u> 3.520.000 DM neu: 6.000.000 DM	1.541.000	-	1.541.000
685 69	Titelgruppe 69 Landesprogramm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland <u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 1.600.000 DM <u>Es treten hinzu:</u> 900.000 DM neu: 2.500.000 DM	2.863.000	288.000	3.151.000

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage : - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
15 041	Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen			
	Titelgruppe 80			
	Gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen			
684 80	Zuschüsse an freie Träger	11.827.000	2.358.000	14.185.000
	<u>Änderung der Erläuterungen</u>			
	" ...			
	1. Zuschüsse an die Westdeutsche Blindenhörbücherei e.V. in Münster/Westf.	585.000 DM		
	2. Zuschüsse für Zwecke des Behindertensports	1.400.000 DM		
	3. Zuschüsse zur Verbesserung der Eingliederung Hörgeschädigter	440.000 DM		
	4. Ausgaben aufgrund des Betreuungs- gesetzes	8.000.000 DM		
	5. Förderung modelthafter Maßnahmen	3.760.000 DM		
	Zusammen	14.185.000 DM"		
863 80	Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen sozialer Einrichtungen und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen	7.310.100	-1.358.000	5.952.100
	<u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	bisher: 8.800.000 DM			
	<u>Es treten hinzu:</u> 2.320.000 DM			
	neu: 11.120.000 DM			

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage : - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
684 91	Titelgruppe 91 Förderung von behinderten und pflegebedürftigen Menschen und von Modellprojekten zur Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur Zuschüsse an freie und private Träger für lfd. Zwecke <u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 5.920.000 DM <u>Es treten hinzu:</u> 9.080.000 DM neu: 15.000.000 DM <u>Änderung der Erläuterungen</u> "Die Mittel der Titelgruppe sind für folgende Maßnahmen veranschlagt: 1. Wohnberatung 3.700.000 DM ... 3. Förderung und Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Hilfen 6.000.000 DM 4. Neue Wohnformen für Pflegebedürftige 3.800.000 DM ... Zusammen 16.000.000 DM" Titelgruppe 95 Hilfen für Wohnungslose Zuweisungen an Gemeinden <u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 2.720.000 DM <u>Es treten hinzu:</u> 680.000 DM neu: 3.400.000 DM	10.000.000	6.000.000	16.000.000
653 95				

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage : - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
15 060.	Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge			
	Titelgruppe 63 Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf			
653 63	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	471.000	29.000	500.000
684 63	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	1.200.000	800.000	2.000.000
15 079	Weiterbildung			
685 20	Zuschüsse an Landesorganisationen der Weiterbildung	650.000	40.000	690.000
	Titelgruppe 70 Förderung der Innovation der Weiterbildung			
653 70	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	310.000	20.000	330.000
684 70	Zuschüsse an Sonstige	400.000	20.000	420.000

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie
Anlage: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
15 081	Landeszentrale für politische Bildung			
684 20	Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit an Träger von Einrichtungen, die nach § 23 Weiterbildungsgesetz durch die Landeszentrale für politische Bildung anerkannt sind	5.770.000	580.000	6.350.000
684 21	Sonstige Zuschüsse für Zwecke der politischen Bildungsarbeit	170.000	10.000	180.000
684 22	Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte	320.000	20.000	340.000
15 330	Dienststellen der Versorgungsverwaltung			
515 10	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	481.000 (gem. 1. Ergänzung)	-29.000	452.000
	<u>Abschluß Einzelplan 15:</u>			
	Einnahmen:	451.854.400	-	451.854.400
	Ausgaben:	2.373.584.100	13.478.000	2.387.062.100
	Verpflichtungsermächtigungen:	715.294.800	21.516.000	736.810.800